

Mit einer Stimme sprechen

Zur Zukunft einer gemeinsamen politischen Diakonie der Kirchen

Gemessen etwa an den späten neunziger Jahren hat die Arbeit an gemeinsamen sozialetischen Positionen offensichtlich erheblich an Dynamik verloren. Im Blick auf die vielfältigen Kooperationen wiegt der Rückgang an großen gemeinsamen Stellungnahmen weniger schwer. Dennoch könnten sich für beide Kirchen interessante Perspektiven eröffnen, wenn sie sich erneut in Richtung eines gemeinsamen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland auf den Weg machen.

Mit etwa 40 Prozent der Bevölkerung haben die Nichtchristen in Deutschland inzwischen eine relative Mehrheit. Nur gemeinsam kommen die evangelische und die katholische Kirche mit jeweils ungefähr 30 Prozent auf insgesamt 60 Prozent. Diese Zahlen stehen für eine wichtige Einsicht, die die Kirchen zu vergessen drohen: Nur gemeinsam stellen sie in der Öffentlichkeit eine christliche Stimme dar, die mit moralischer Autorität Gerechtigkeit einfordern kann. Würden die Kirchen in gesellschaftlichen Fragen getrennte Wege gehen, sich sogar heftig streiten, so würde das ihrer Glaubwürdigkeit sehr schaden.

Ohne Zweifel haben sich im alltäglichen Umgang von Protestanten und Katholiken, besonders an der „Basis“, ökumenische Selbstverständlichkeiten eingespielt, die die Vorurteile und Gegensätze der Vergangenheit weit hinter sich gelassen haben. Dahinter wird man nicht mehr zurückkehren. Aber wie steht es um den gemeinsamen Auftritt der Kirchen, wenn sie zu aktuellen sozialetischen Fragen Stellung nehmen? Gibt es bereits so etwas wie eine gemeinsame politische Diakonie der Kirchen – und sollte es sie geben?

Im Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, das als Ergebnis eines breiten, insgesamt vierjährigen Konsultationsprozesses 1997 veröffentlicht wurde, bekräftigten die Kirchen mit großer Selbstverständlichkeit, sie stellten sich „in ökumenischer Zusammenarbeit (...) den großen Überlebensfragen der Menschheit“ (251). Der Text endet mit der Betonung der gesellschaftlichen Notwendigkeit und des gemeinsamen kirchlichen Auftrags zur politischen Diakonie: „Gesellschaft und Staat sind darauf angewiesen, dass an die ethischen Voraussetzungen einer freiheitlichen und sozialen Rechtsordnung erinnert wird und dass an dem Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen auch Kräfte teilnehmen, die nicht partei- und interessen gebunden sind. Im Rahmen einer solchen Mitverantwortung tun die Christen und die Kirchen ihren Dienst an der Gesellschaft für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (258).

Das Jahr 1997 war der Höhepunkt gemeinsamer Stellungnahmen, die in der Reihe „Gemeinsame Texte“ herausgegeben

werden, welche 1990 mit dem Thema Organtransplantation eröffnet worden war: Neben dem Sozialwort wurden noch im gleichen Jahr Stellungnahmen zur Problematik der Migration, zur Mediengesellschaft und zu ethischen Fragen medizinischer Diagnostik veröffentlicht. 1998 folgte ein gemeinsames Dokument zur Xenotransplantation, 1999 die Vorlage für Patientenverfügungen und 2000 ein Text zu den Problemen der Alterssicherung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Danach bricht die Folge gemeinsamer Texte abrupt ab. Erst 2003 gibt es wieder zwei Stellungnahmen zur Sterbebegleitung und zur nachhaltigen Landwirtschaft und 2006 dann das sehr wertvolle Dokument „Demokratie braucht Tugenden“. Die Arbeit an gemeinsamen sozialetischen Positionen hat offensichtlich erheblich an Dynamik und Frequenz verloren. Woran liegt das?

Von evangelischer Seite wird als Grund dafür immer wieder die Erklärung der Glaubenskongregation „Dominus Iesus“

Christoph Krauß (geb. 1975) studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Theologie in Mainz und Granada. Seit 2006 ist er Assistent in der Abteilung für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Mainz.

Gerhard Kruip (geb. 1957) ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Anthropologie und Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

aus dem Jahr 2000 genannt. Nachdem noch 1999 feierlich die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ unterzeichnet worden war, haben es evangelische Christen verständlicherweise als kränkend empfunden, dass der damalige Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger*, die protestantischen Kirchen nicht als „Kirchen im eigentlichen Sinn“ anerkennen wollte – eine Position, die 2007 von der Glaubenskongregation noch einmal bekräftigt wurde („Antworten auf Fragen zu einigen Aspekten

bezüglich der Lehre über die Kirche“). Das nährte auf evangelischer Seite den Verdacht, hinter der propagierten „Konsens-Ökumene“ stehe letztlich der Versuch einer vereinnahmenden „Rückkehr-Ökumene“.

Allerdings löste die Selbstbezeichnung der evangelischen Kirche als „Kirche der Freiheit“ auch Irritationen auf katholischer Seite aus. Erfreulicherweise konnte der Ökumenische Kirchentag in Berlin 2003 trotzdem stattfinden und dort die „Charta oecumenica“ mit Leitlinien für eine intensivere Zusammenarbeit der christlichen Kirchen in Europa unterzeichnet werden. Als Kardinal Ratzinger dann 2005 zum Papst gewählt wurde und dies in Deutschland eine überraschende Papsteuphorie auslöste (die allerdings inzwischen der Ernüchterung gewichen ist), sahen viele Protestanten die Notwendigkeit weiterer Distanzierung von der katholischen Kirche.

Es ist kein Zufall, dass der damalige EKD-Ratsvorsitzende *Wolfgang Huber* ausgerechnet im Sommer 2005 beim Treffen mit *Benedikt XVI.* zum Weltjugendtag in Köln von der „Ökumene der Profile“ zu sprechen begann. Am deutlichsten zeigte sich ein solch eigenes Profil, als Huber Ende 2007 ohne Absprache mit der katholischen Seite für eine Verlegung des Stichtags für die zum Import zugelassenen embryonalen Stammzellen plädierte und damit eine gemeinsame Position verließ.

Mechanismen der Mediengesellschaft wirken konfliktverschärfend

Der bisherige Höhepunkt der Entfremdung wurde im Oktober 2009 erreicht, als ein internes Papier aus dem Kirchenamt der EKD bekannt wurde, das in teilweise überzogenen Formulierungen Vorwürfe gegen die katholische Kirche und den neu gewählten Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Erzbischof *Robert Zollitsch*, erhob (Wortlaut in: „Die Tagespost“ vom 13. Oktober 2009). Die katholische Kirche sagte daraufhin ein Treffen des seit 1966 zweimal jährlich tagenden „Kontaktgesprächskreises“ der Leitungen der beiden Kirchen ab. Ein kurz darauf anberaumtes klärendes Gespräch im kleinen Kreis und eine offizielle Entschuldigung Hubers glätteten die Wogen.

Von einem „reinigenden Gewitter“ war die Rede und davon, dass das Vertrauen wiederhergestellt sei. Die Arbeit im Kontaktgesprächskreis solle intensiviert werden. Am Beispiel der Dynamik, die dieses Papier auslöste, aus dem meist nur aus dem Zusammenhang gerissene Zitate publik wurden, lässt sich zudem beobachten, wie die Mechanismen der Mediengesellschaft, die Spannungen konsequent mehr Aufmerksamkeit widmen als gut funktionierender Zusammenarbeit, konfliktverschärfend wirken können.

Obwohl sich die EKD von dem Papier distanziert hat, bemerkte Huber doch mit Recht, dass darin „nicht alles falsch“ sei. In der Tat listet es von der Regensburger Vorlesung bis zur Rehabilitierung von Bischöfen der Bruderschaft St. Pius X. Ereignisse auf, die nicht nur evangelische, sondern auch viele katholische Christen am gegenwärtigen Papst irritieren.

Eine intensivere Zusammenarbeit wäre nach 2000 sehr wohl noch möglich gewesen. Es gab parallele Entwicklungen,

durchaus ähnliche Positionen, die zu gemeinsamen Stellungnahmen hätten vereint werden können, anstatt parallel zu marschieren oder im Wettbewerb danach zu streben, früher als die andere Konfession die bessere Erklärung herauszubringen. Evangelische und katholische Kirche äußerten sich beide, aber in getrennten Dokumenten, zum Gesundheitswesen (2002 und 2003), zum Verhältnis von Christen und Muslimen (2006 beziehungsweise 2003), zur weltkirchlichen Verantwortung (beide 2005), zum „gerechten Frieden“ (2000 beziehungsweise 2007), zum Klimawandel (2009 beziehungsweise 2006), und aktuell zur Finanzmarktkrise (Juni beziehungsweise Dezember 2009).

Das Thema „Beteiligungsgerechtigkeit“ als ein neues Paradigma zur Verbindung von Gerechtigkeit mit Befähigung und Bildung spielte in beiden Kirchen eine wachsende Rolle (vgl. katholischerseits das Memorandum „Mehr Beteiligungsgerechtigkeit“ von 1998 und die evangelischen Denkschriften zu Bildung 2003 und Teilhabe 2006). Einige Dokumente führten in beiden Kirchen zu ähnlichen Kontroversen (so das katholische Impulspapier „Das Soziale neu denken“ von 2003 und die evangelische Unternehmerdenkschrift von 2008). Offenbar ist es den Spitzen beider Kirchen nach 1997 nicht mehr gelungen, bestimmte, sozial besonders engagierte „linke“ Gruppen aus den eigenen Reihen noch „mitzunehmen“.

Wie steht es heute um die Bereitschaft zum gemeinsamen Vorgehen? In der Denkschrift „Das rechte Wort zur rechten Zeit“ von 2008, die auf die berühmte „Denkschriftendenkschrift“ von 1970 zurückgreift und heutige Herausforderungen für das öffentliche Wirken der Kirche thematisiert, wird nur im Abschnitt 28 über „ökumenische“ Stellungnahmen nachgedacht und an das gemeinsame Wort von 1997 und die Stellungnahme „Demokratie braucht Tugenden“ von 2006 erinnert, ohne dass aber dafür plädiert würde, diese Tradition verstärkt fortzusetzen.

Gemeinsames Vorgehen der Kirchen zeigt sich nicht nur an großen Stellungnahmen

Ein gemeinsames Vorgehen zeigt sich freilich nicht nur an großen Stellungnahmen, sondern findet auf verschiedenen Ebenen kontinuierlich statt. An vielen Orten klappt die Begegnung zwischen evangelischen und katholischen Gemeinden hervorragend. Auch in der kategorialen Seelsorge gibt es eine funktionierende Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Betriebsseelsorge, in dem sich die Kirchen für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen und dabei pragmatisch mit anderen Partnern, etwa den Tarifparteien, kooperieren, um Ihre Vorstellungen einbringen zu können.

Evangelische und katholische Sozialethiker und -ethikerinnen treffen sich regelmäßig in einer „Arbeitsgemeinschaft sozial-ethischer Institute (ÖASI)“. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände arbeiten in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien

Wohlfahrtspflege gut zusammen. Caritas und Diakonie wollen in einer Aktion unter dem Motto „EinSatz Hoffnung“ den sozialen Auftrag der Kirchen beim 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München ins Bewusstsein rufen. Seit 1991 führen beide Kirchen gemeinsam jedes Jahr die „Woche für das Leben“ durch. Auf einem ökumenischen Kongress in Heidelberg wurde das Thema „Kirchen gegen Armut und Ausgrenzung“ (6. bis 8. März 2008) diskutiert – die Ergebnisse sind inzwischen unter der gemeinsamen Herausgeberschaft evangelischer Diakoniewissenschaftler und eines katholischen Caritaswissenschaftlers (*Florian Barth, Klaus Baumann, Johannes Eurich, Fritz Lienhard und Heinz Schmidt*) veröffentlicht.

Im März 2010 fand in Eichstätt eine ökumenische Fachtagung zum Thema „Kirchliche Einrichtungen auf der Suche nach ihrem Profil – Dienstgemeinschaft als ein zukunfts-fähiges Modell der Arbeitsrechtsetzung und kirchlichen Betriebsverfassung?“ statt. Die beiden größten kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor treten immer öfter gemeinsam in der Öffentlichkeit auf und planen gemeinsame Aktionen. Die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) spielt nach wie vor eine große Rolle im entwicklungspolitischen Diskurs.

Nicht alles wird von der Öffentlichkeit wahrgenommen, hat aber trotzdem große Bedeutung. Zwischen der Kammer der EKD für soziale Ordnung und der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz, die für gesellschaftliche und soziale Fragen zuständig ist, gibt es Kontakte und gelegentliche gemeinsame Sitzungen. Bei der Erarbeitung von Stellungnahmen einer Kirche werden des öfteren auch Vertreter der anderen mit beratender Funktion eingeladen. Häufig finden sich Vertreter beider Kirchen in Anhörungen oder in Gremien wieder, in denen sie sich zur Stärkung ihrer Position gegenüber den anderen Interessen oft enger zusammenschließen.

Auch die katholischen Büros und die evangelischen Bevollmächtigten stimmen sich in ihrer Beziehung zur Politik auf der Ebene der Bundesländer und der Bundesrepublik eng ab und formulieren ihre Stellungnahmen häufig auf „Doppelkopfbriefen“, also mit den Briefköpfen beider Seiten. Von den zahlreichen Stellungnahmen, die der Bevollmächtigte des Rates der EKD auf seiner Internetseite veröffentlicht, sind fast die Hälfte gemeinsame Stellungnahmen, die mit dem Katholischen Büro vertreten werden. Das gilt vor allem dann, wenn es darum geht, bestimmte christliche Werte (wie beispielsweise den Sonntagsschutz) oder gemeinsame Interessen (zum Beispiel die staatliche Finanzierung kirchlicher Einrichtungen) effektiver zur Geltung zu bringen.

Anders als früher können die Kirchen nicht mehr so stark mit einem Drohpotenzial operieren, etwa durch den Hinweis, politische Maßnahmen könnten den Parteien die Stimmen kirchlich gebundener Wähler- und Wählerinnen kosten. Erst recht gegenüber der Europäischen Union sind die Kirchen –

dort besonders auch unter Einschluss der orthodoxen Kirchen – darauf angewiesen, mit einer Stimme zu sprechen, um überhaupt noch gehört zu werden. Besonders gut aufgestellt sind sie dafür bislang allerdings nicht. Es ist unglaublich schwierig, auf europäischer Ebene inner- und interkonfessionelle Konsense zu finden, sind doch die rechtlichen Beziehungen zwischen Kirche und Staat und die sozialetischen Traditionen und Schwerpunkte in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich.

Sicherlich bietet auch der Ökumenische Kirchentag in München gute Möglichkeiten zur ökumenischen Begegnung und eine Chance zur Verbesserung der Beziehungen und der Zusammenarbeit. Die Konflikte, die es

Mit einer Stimme sprechen, in der Vorbereitung gegeben hat, um überhaupt noch gehört zu werden machten sich weniger an den Grenzen der Konfessionen als an den

Unterschieden zwischen kirchenkritischen Positionen und den Organisatoren des Kirchentags fest, obwohl es auch unter letzteren nicht immer einfach war, die konfessionsspezifischen Denkweisen und Organisationsstrukturen produktiv in Beziehung zu setzen.

Im Blick auf diese Kooperationen wiegt der Rückgang bei den großen gemeinsamen Stellungnahmen weniger schwer. Manche Chancen zur Kooperation, beispielsweise in der Frage der Bewertung der Finanzmarktkrise, werden nur deshalb nicht wahrgenommen, weil sich unter Zeitdruck die Rhythmen der Arbeit der zu beteiligenden Gremien nicht immer leicht koordinieren lassen. Bei besonders strittigen Themen ist der interne Abstimmungsbedarf so groß, dass eine zusätzliche Abstimmung mit der anderen Konfession als nicht mehr machbar erscheint. Die Apparate beider Seiten sind personell auch weit weniger gut ausgestattet, als dies angesichts der Vielfalt von zu bearbeitenden Themen nötig wäre.

Wo über Jahre hinweg intensiv zusammengearbeitet wird, dort wächst Vertrauen. Viele Akteure in diesem Feld betonen immer wieder, wie viel von einzelnen Personen abhängt. So dürften auch die jüngsten Veränderungen an der Spitze der EKD nicht folgenlos bleiben. Schon Bischöfin *Margot Käßmann* hatte bei ihrem Antrittsbesuch als neu gekürte EKD-Ratsvorsitzende bei Erzbischof *Robert Zollitsch* im Dezember 2009 mit ihm gemeinsam betont: „Wir schauen in der Ökumene nach vorne“. Und Präses *Nikolaus Schneider*, nach dem Rücktritt von Käßmann jetzt amtierender Vorsitzender des Rates der EKD, sagte in einem Interview Ende 2009, allerdings ohne seinen Vorschlag vorher mit der katholischen Seite abgesprochen zu haben: „Im sozialen Bereich hat die EKD im vergangenen Jahr einiges gesagt zur Bedeutung des Unternehmertums für unser Land und für unser Wirtschaften. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir die Arbeitnehmerseite näher betrachten. Die Kammer für soziale Ordnung der EKD sollte sich in nächster Zeit mit der Würde der Arbeit und mit der Bedeutung der Gewerkschaften befassen. Wir sollten außerdem auf die katholische

Bischofskonferenz zugehen, um darüber zu beraten, wie wir nach dem gemeinsamen Sozialwort der Kirchen von 1997 erneut ein großes gemeinsames Werk zur sozialen Frage erarbeiten können. Auch das würde mir persönlich sehr am Herzen liegen“ (epd, 29. Dezember 2009).

Ein neues gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage?

Für beide Kirchen könnten interessante Perspektiven eröffnet werden, wenn sie sich erneut auf einen Konsultationsprozess in Richtung eines gemeinsamen Wortes auf den Weg machen würden. Sie kämen durch die gemeinsame Konzentration auf sozialetische Themen wieder stärker in die Offensive. Die Nachteile eines solchen Vorhabens dürfen jedoch nicht übersehen werden: Konsultationsprozesse sind aufwändig und dauern lange. Bis Ergebnisse wirklich formuliert sind, sind sie vielleicht schon wieder überholt. Profilierte Positionen, die eine öffentliche Debatte anstoßen könnten, werden durch Kompromissformeln abgeschliffen.

Trotzdem könnte es sich lohnen, weil dadurch ein breiter Reflexionsprozess in Gang gesetzt werden könnte, der viele einbezieht und vielleicht auch manche Debatte zu Fragen sozialer Gerechtigkeit wieder versachlichen würde – was angesichts der augenblicklichen Diskussionsverläufe bitte nötig wäre.

Beide Kirchen müssen für ein solches Projekt bereit sein, sich trotz weiter bestehender Unterschiede auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit einzulassen, die Probleme und institutionellen Lasten der anderen Seite solidarisch mitzutragen, mehr zu kooperieren und weniger zu konkurrieren. Angesichts sich verschärfender Sparschwänge könnte man sogar die Idee entwickeln, dass in überkonfessioneller Zusammenarbeit durch koordinierte Arbeitsteilung in der Beobachtung von Entwicklungen, der Analyse von sozialen Problemen und bei der Vorbereitung von Stellungnahmen enorme Synergieeffekte erzielt werden könnten.

Um einen breiten Konsultationsprozess für ein gemeinsames Wort in Angriff zu nehmen, wäre es beispielsweise sinnvoll und wünschenswert, nicht mehr wie noch in den Jahren 1994 bis 1997 mit zwei (damals waren es das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD in Bochum und das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln in Bad Honnef), sondern mit einer gemeinsamen Clearingstelle zu arbeiten, die die eingehenden Kritiken und Kommentare sammelt und auswertet.

Fortbestehende Unterschiede, beispielsweise in der Bewertung alternativer Lebensformen zur Ehe oder der Verfahren der Fortpflanzungsmedizin müssen dabei nicht als eine einseitige „Aufkündigung des bisherigen Konsenses“ (Eberhard Schockenhoff) angesehen werden (vgl. HK, Dezember 2009, 605 ff.). Denn vielfach handelt es sich um komplexe Fragen, die tatsächlich keine einfachen Lösungen erlauben und deshalb auch innerkatholisch umstritten sind. Im Kontext einer pluralistischen Gesellschaft

kann keine Kirche allein darauf hoffen, Kontroversen durch Autoritätsentscheide aus der Welt zu schaffen, sondern muss sich auf den mühsamen Weg sorgfältiger Überzeugungsarbeit machen, nach innen wie nach außen (vgl. dieses Heft, 56 ff.). Dort, wo dies auch nach innen langfristig nicht gelingt, muss dies zum Anlass genommen werden, über eine Revision der eigenen Positionen nachzudenken.

Der Freiburger katholische Moraltheologe Schockenhoff hat Recht, wenn er den Wunsch zum Ausdruck bringt, die evangelische Kirche solle „der Versuchung widerstehen, sich gegenüber der säkularen Gesellschaft als eine liberalere, modernitätsfähigere Variante des Christentums zu empfehlen, die sich vor allem auf die Hälfte der christlichen Botschaft konzentriert, die ihr in der katholischen Kirche zu kurz zu kommen scheint“. Die katholische Kirche trägt dazu jedoch am besten dadurch bei, dass sie nicht selbst spiegelbildlich den gleichen Fehler begeht, sondern Defizite ihrer eigenen Liberalität und Modernitätsfähigkeit, wie sie seit langem von vielen Katholiken/innen selbst benannt werden, konstruktiv aufzuarbeiten beginnt.

Denn tatsächlich ist, wie Schockenhoff fordert, „angesichts der Herausforderungen, vor denen beide Kirchen in der säkularen Gesellschaft stehen, und auch angesichts unserer Verpflichtungen auf das gemeinsame theologische und geistliche Erbe der ganzen Christenheit zu hoffen, dass die Schärfung des je eigenen Profils nicht auf Kosten der Gemeinsamkeiten geht“. Das ist freilich eine Forderung, die beiden Seiten in gleicher Weise ins Stammbuch zu schreiben ist. *Christoph Krauß/Gerhard Kruij*